

Dringlichkeitsantrag für die MVV der Linken Neukölln am 5.10.2026

Antragsteller*innen: Sprecher*innen-Team der BO Sonne

Die Mitgliedervollversammlung der Linken Neukölln möge beschließen:

Solidarität mit Elif, Ferat, Jorinde, Emmi, Ahmed, Vedi, Basem, Hannah und Martha. Kritik an Zionismus ist kein Antisemitismus!

Die diffamierenden Angriffe von politischen Gegner*innen in Verbund mit den großen Medienkonzernen auf die Linke aber vor allem auf einzelne Genoss*innen weisen wir scharf zurück. Auch wenn wir im Einzelnen nicht jede getroffene Äußerung teilen erklären wir unsere Solidarität mit Elif Eralp, Ferat Kocak, Jorinde Schulz, Emmi Stiegler, Ahmed Abed, Vanessa "Vedi" Emde, Basem Said, Hannah Bruns, Martha Kleedörfer und allen Menschen, die gerade von rassistischer und antilinker Hetze und Repression betroffen sind. Ein Angriff auf eine*n von uns ist ein Angriff auf uns alle!

Das gilt insbesondere für palästinasolidarische Positionen, die Kritik an der autoritären deutschen Staatsräson und die kritische Auseinandersetzung mit Zionismus und der israelischen Staats-, Siedlungs und Besatzungspolitik. Dass diese zunehmend ins Fadenkreuz genommen werden, zeigt sich nicht nur in der aktuellen medialen Hetzkampagne, sondern auch in politischen Vorstößen zur Kriminalisierung, wie dem gescheiterten Gesetzesentwurf der Hessischen Landesregierung, der einseitig vorsah, die "Leugnung des Existenzrechts Israels", und nicht etwa die Leugnung des Existenzrechts Palästinas oder irgendeines anderen Staates, mit bis zu fünf Jahren Haft zu bestrafen.

Ein „staatliches Existenzrecht“ gilt im heutigen Völkerrecht mehrheitlich nicht als anerkannte Rechtskategorie. Für uns gilt: Menschen haben ein Recht zu existieren. Auch die Forderung nach einer demokratischen Einstaatenlösung mit gleichen Rechten für alle Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit ist daher eine legitime politische Forderung und darf nicht kriminalisiert werden. Kritik an Zionismus und israelischer Besatzungspolitik ist kein Antisemitismus. Hierzu heißt es in der vom Bundesparteitag der Linken unterstützten Jerusalemer Erklärung: „Es ist nicht per se antisemitisch, Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner:innen ‚zwischen dem Fluss und dem Meer‘ volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem föderalen Staat oder in welcher Form auch immer.“

Auch verurteilen wir die Instrumentalisierung jüdischer Menschen in der aktuellen Debatte gegen unsere Partei. Antisemitismus ist eine reale Bedrohung für

Jüd*innen, und gerade die Gleichsetzung von Jüd*innen mit dem Staat Israel in der aktuellen Debatte befeuert ihn weiter. Inmitten des Höhenflugs der AfD schüren Medien und Politiker*innen verschiedener Parteien bewusst Ängste gegen die Linke und untergraben damit den realen und notwendigen Kampf gegen Antisemitismus in der Stadt und heizen die rassistische, antimuslimische und antipalästinensische Hetze an.

Innerparteiliche bürokratische Verdrängungsversuche, Ausschlussverfahren und die Entziehung von Mitgliedsrechten müssen enden. Denn wenn in der Partei Diskursräume autoritär verengt, Kritik unterdrückt und mit Ausschluss gedroht oder dieser vollzogen wird, schadet das nicht nur der demokratischen Debattenkultur, sondern es spaltet und schwächt die gesamte Partei. In Zeiten, in denen wir als Partei massiven Angriffen ausgesetzt sind, müssen wir erst recht solidarisch zusammenstehen.

Die Berliner*innen haben ein deutliches Zeichen gesetzt: Sie wollen einen Politikwechsel und eine Linke, die nicht nur ihr Versprechen hält, sich für die Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne einzusetzen, sondern auch solidarisch an der Seite der Palästinasolidarität steht. Nicht zuletzt unsere historischen Wahlergebnisse in den offen palästinasolidarischen Bezirksverbänden in Neukölln und Mitte zeugen davon. Die Berliner*innen wollen eine starke Linke in Berlin für Menschen statt Profite und für internationale Solidarität.

Begründung

In den aktuellen öffentlichen Auseinandersetzungen wird versucht, die Kritik am Staat Israel pauschal als „antisemitisch“ zu diffamieren. Dem setzen wir ein völkerrechtlich und wissenschaftlich fundiertes Verständnis entgegen: Menschen und Völker besitzen ein Recht auf Schutz und Selbstbestimmung – Staaten hingegen sind veränderbare politische Ordnungen.

Dies wird direkt von der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) – verfasst von über 300 Holocaust- und Antisemitismusforscher*innen – gestützt:

- Gleiche Rechte sind kein Antisemitismus: Die Befürwortung politischer Modelle mit gleichen Rechten für alle Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer – etwa ein gemeinsamer demokratischer Staat – gilt explizit nicht als antisemitisch.
- Schutz von Menschen statt Staaten: Die JDA unterscheidet klar zwischen dem Schutz jüdischer Menschen vor Diskriminierung und dem Schutz staatlicher Doktrinen.
- Legitime Kritik: Die Kritik an Völkerrechtsverletzungen, Besatzung und Siedlungsbau fällt ausdrücklich unter das Recht auf freie Debatte.

Völkerrechtswidrige Annexionen (Ostjerusalem, Golanhöhen) sowie der fortgesetzte Siedlungsausbau – wie der E1-Plan im Westjordanland – verfestigen die Entrechtung und verhindern eine gerechte Lösung.

Begründung der Dringlichkeit

Wir halten es deshalb für notwendig, bereits auf dieser Mitgliederversammlung gemeinsam Stellung zu beziehen und unsere Genoss*innen gegen pauschale Diffamierungen gemeinsam zu unterstützen. Eine spätere Behandlung würde der aktuellen Situation nicht gerecht werden.

[illegible]

[illegible]